



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

29.04.03

Ergebnisse der Fraktionsberatungen am Montag, den 27.04.03

Presseerklärung

Gewerbeflächeneignungsuntersuchung Dortmund/Lünen

Das bisher nur in den wesentlichen Ergebnissen vorgestellte Gutachten zur Untersuchung geeigneter Gewerbeflächen in Dortmund und Lünen liegt nunmehr in der Langfassung vor.

Aus unserer Sicht werden einige wesentliche Einschätzungen in Bezug auf den gegenwärtigen und in den nächsten Jahren absehbaren Bedarf an Gewerbeflächen bestätigt.

Die Gewerbeflächenprognose die nach einem anerkannten Verfahren erstellt wurde, ergibt für Dortmund einen Bedarf in der Größenordnung von 170 ha. Im Gegensatz dazu stehen Ermittlungen für das dortmund project, bei denen ein Bedarf von 477 ha festgestellt wurde. Die Diskrepanz der Prognosen setzt sich bei der Einschätzung notwendiger Flächen in hoher Qualität fort.

Bei der flächendeckenden Begehung der gegenwärtig vorhandenen Gewerbeflächenreserven ergab sich ein Potenzial von 551 ha ungenutzten Gewerbeflächen. Die Gutachter stellen zu Recht fest, dass die Stadt Dortmund über Gewerbeflächen verfügt, die sogar über die Maximalbedarfsprognose hinausgehen.

Ebenso stellt sich die Situation für die Stadt Lünen dar. Bei einem Bedarf von 20 ha gibt es ohne Ausweisung neuerer Flächen ein Potenzial von 50 ha.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten die Bestandsaufnahme der Gutachter für beide Städte sowohl in Bezug auf die quantitative als auch qualitative Bewertung für fundiert. Insofern sollte die Prognose der Gutachter als Grundlage für die weitere Ausweisung von Gewerbeflächen zukünftig berücksichtigt werden.

Konkret ergeben sich aus unserer Sicht daraus folgende Konsequenzen:



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Das Potenzial an Gewerbeflächen und der abnehmende Nachfragedruck ermöglichen eine bessere Steuerung der Stadtentwicklungsprozesse in die gewünschte Richtung .

Eine Erweiterung des Flächenpotenzials am Technologiezentrum sollte unterbleiben, um den Druck auf die die Entwicklung des Standortes Phoenix-West zu einem hochwertigen Standort mit hohem positiven Imagewert zu erhöhen. Eine Verteilung des Unternehmenspotenzials auf beide Standorte wird darüber hinaus die Erweiterung des Technologiezentrums in den Landschaftsraum verhindern.

Die Brechtener Niederung und das Salinger Feld sind bekanntermaßen aus landschaftsökologischer Sicht inakzeptabel und in Bezug auf die das Entwicklungsziel der Modernisierung der Wirtschaft eher kontraproduktiv.

In einem Punkt sind BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN nicht bereit, den Empfehlungen der Gutachter zu folgen. Aus unserer und auch aus der Sicht der Naturschutzverbände ist der Standort Mengede Achenbach aus ökologischer Sicht keineswegs unbedenklich. Ein Gewerbegebiet auf der Land- und forstwirtschaftlichen Grünfläche, die im Norden an das Naturschutzgebiet Groppenbruch grenzt, würde die Entwicklungspotenziale des gesamten Raumes zerstören. Hinzu kommt, dass die Fläche eine große Bedeutung als Bestandteil eines regionalen Grünzug hat.

Allein das Geswerbeflächenpotenzial in Dortmund und Lünen lässt einen Verzicht auf dieses sogenannte interkommunale Gewerbegebiet zu. Ersatzweise könnte Lünen an der Reaktivierung der Fläche der Westfalenhütte beteiligt werden. Sollte ein kurzfristiger Bedarf bestehen, bestünde die Möglichkeit die Stadt Lünen an der Entwicklung des Gewerbegebietes Zeche Gneisenau zu beteiligen. Ein interkommunales Gewerbegebiet muss keineswegs an der Grenze zwischen zwei Städten liegen. Vielmehr geht es um die gemeinsamen Einnahmen, die auch auf der Westfalenhütte erwirtschaftet werden könnten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich für entsprechende Verhandlungen mit der Stadt Lünen einsetzen, um das Gewerbegebiet Achenbach zu verhindern.

Schließung des „Relax“

Bisher galt Dortmund in vielen Städten als Vorbild für die Realisierung eines umfassenden Drogenhilfekonzeptes mit auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Drogenabhängigen zugeschnittenen Angeboten. Ein Baustein innerhalb der Drogenhilfe, war die Notschlafstelle „Relax“ für Drogenabhängige, deren Schliessung bevorsteht. Der Grund für die Reduzierung des Angebotes ist die Deckelung städtischer Zuschüsse an das Soziale Zentrum des Paritätischen Wohnfahrtsverbandes, der Träger der Einrichtung ist, trotz steigender Personalausgaben.



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Die Entscheidung des Trägers der Einrichtung ist allein dadurch begründet, dass Einschnitte in anderen, elementaren Hilfebereichen durch den Verzicht auf das Relax vermieden werden sollen.

Aus unserer Sicht darf es nicht sein, dass Haushaltssicherung zu Einschnitten bei denen führt, die bereits am Rande dieser Gesellschaft leben. Wir vertreten die Auffassung, dass es in einer Stadt wie Dortmund möglich sein muss, das komplette Angebot aufrechtzuerhalten. Dazu bedarf es sicher auch intensiver Überlegungen, ob und wie die Kosten für die einzelnen Bausteine des Drogenhilfekonzeptes ohne Qualitätsverlust gesenkt werden können. Wir plädieren dafür, das gesamte Hilfsangebot unter dem Gesichtspunkt von Synergien und der Neuordnung der räumlichen Voraussetzungen zu überprüfen. Ziel muss es sein, noch vor der beabsichtigten Schließung des Relax ein vergleichbares Angebot zu schaffen, bzw. dieses kostengünstiger weiterzuführen.

Angesichts der immer neuen Einschnitte in das sozialpolitische Netz muss darüber hinaus grundlegend darüber nachgedacht werden, inwieweit Verwaltungsstrukturreform – in diesem Fall die Zusammenführung von Gesundheits- und Sozialamt – dazu beitragen kann, die Mittelverteilung so zu gestalten, dass die wesentlichen Aufgaben trotz der Mittelkürzungen wahrgenommen werden können.

Wir werden die Drogenhilfepolitik in Dortmund in den zuständigen Ratsgremien thematisieren und uns um eine Lösung bemühen, die eine Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Angebotes beinhaltet. Oberbürgermeister Dr. Gerhard Langemeyer hat anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Relax im März 2003 in einem Grusswort festgestellt: „Das Konzept hat sich bewährt und so stellt das RELAX im Betreuungsangebot unserer Stadt einen wichtigen und nach wie vor außergewöhnlichen Baustein dar. Kaum eine Maßnahme erreicht die Betroffenen so wie das Angebot eines sicheren Schlafplatzes ohne Abstinenzforderung.“ In diesem Sinne hoffen wir auf einen breiten Konsens im Rat für unser Anliegen.